

# Der Gemeindearbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter  
und Straßenbahner Deutschlands.

Geschäftsstelle: Köln, Ven-  
loerwall 9. Fernspr. A 8538  
Postfachkonto Köln 18937.

Erscheint alle 14 Tage.  
Durch die Post bezogen  
vierteljährlich 1,50 Mkt.

Mitglied des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Nummer 11

Köln, den 29. Mai 1929

8. Jahrgang

## Das neue Besoldungsgefeß für die Reichsbeamten.

Am 28. April hat die deutsche Nationalversammlung ein Gesetz beschlossen, welches einem Teile unserer deutschen Volksgenossen seit langem ersehnt, aber nicht ohne Befriedigung auslösen wird. Ebenfalls nicht, weil dieses Gesetz derartig kostbare Ausgaben erfordert, daß dem Steuerzahler die Haare zu Berge stehen werden. Trotzdem stellt es nur das mindeste dar, was die Reichsbeamten haben müssen, um ihre Arbeitskraft dem Reiche zu erweisen. Von großer Bedeutung ist diese Besoldungsordnung über den Kreis der Reichsbeamten hinaus deshalb, weil sich an dieser auch die neue Gehaltsordnung für die Staats- und Kommunalbeamten in weiterer Auswirkung auch die Löhne der staatlichen und gemeindlichen Angestellten und Arbeiter gewissermaßen zu richten haben. Die Grenze zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern ist nicht klar und stimmt zu stehen, derart schwimmend, daß eine gewisse gegenseitige Abwägung notwendig greifen muß. Nachstehend geben wir die neuen Sätze für die unteren und mittleren Beamten, deren Tätigkeit zum Teil Vergleich mit der der Arbeiter und Angestellten gestellt werden kann. Das gesamte Einkommen setzt sich zusammen aus:

1. dem Grundgehalt
2. dem Ortszuschlag.

Neben dem Dienstlohn werden den Beamten

- a) Teuerungszuschläge
- b) Kinderzuschläge

zuzüglich. Das Anfangsgehalt soll  $\frac{1}{2}$  des Höchstgehaltes umfassen. Die Dienstaltersgrenzen werden von zwei zu zwei Jahren abgeleitet.

Das Grundgehalt beträgt in

Gruppe I. Beamte mit einfachen Dienstverrichtungen: 4000, 4300, 4600, 4900, 5200, 5500, 5900, 6400 Mkt.

Gruppe II. Beamte mit Ausbildung oder verantwortungsvoller Beschäftigung: 5000, 5400, 5800, 6200, 6600, 7000, 7400 Mkt.

Gruppe III. Beamte mit Nachausbildung oder in besonderer Vertrauensstellung: 6000, 6500, 7000, 7500, 8000, 8500 Mkt.

Gruppe IV. Übergangsstelle und Beamte mit einfachen Dienstverrichtungen im mittleren Dienst: 5000, 5400, 5800, 6200, 6600, 7000, 7400, 7800, 8200 Mkt.

Gruppe V. Assistenten und gleichstehende Beamte: 5400, 5800, 6200, 6600, 7000, 7400, 7800, 8200 Mkt.

### Der Ortszuschlag beträgt:

In Ortsklasse:	bei Gehältern bis 4900 Mkt.	bei Gehältern über 4900 Mkt. bis 5700 Mkt.	bei Gehältern über 5700 Mkt. bis 7000 Mkt.	bei Gehältern über 7000 Mkt.
A	2000 Mkt.	2500 Mkt.	3000 Mkt.	3500 Mkt.
B	1800 Mkt.	2000 Mkt.	2400 Mkt.	2800 Mkt.
C	1400 Mkt.	1700 Mkt.	2000 Mkt.	2300 Mkt.
D	1200 Mkt.	1450 Mkt.	1700 Mkt.	1950 Mkt.
E	1000 Mkt.	1200 Mkt.	1400 Mkt.	1600 Mkt.
Pensionsfähiger Betrag:	1440 Mkt.	1770 Mkt.	2100 Mkt.	2430 Mkt.

### Der Kinderzuschlag beträgt:

Für jedes unterhaltungsberechtigtes eheliche Kind bis zum vollendeten 6. Lebensjahre monatlich 40 Mkt., bis zum vollendeten 14. Lebensjahre monatlich 50 Mkt., bis zum vollendeten 21. Lebensjahre monatlich 60 Mkt.

Die Zahlung für die Kinder vom 14. bis zum 21. Lebensjahre wird nur geleistet, wenn diese Kinder kein steuerpflichtiges Einkommen haben.

Der Teuerungszuschlag beträgt 50 Prozent des Grundgehaltes, des Ortszuschlages und der Kinderzuschläge.

## Die Rentabilität der Straßenbahnen.

Es war voraussehen, daß unser Artikel in der vorigen Nummer nicht die restlose Zustimmung aller Leser gefunden hat. Ganz entzückt wird vereinzelt die Frage aufgeworfen: Sind die Arbeitervertreter, die Gewerkschaften denn dafür da, dem Straßenbahnkapital eine anständige Verzinsung zu verschaffen? Allerdings hat der Fragesteller recht, wenn er sagt, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, die Interessen der Angestellten und nicht die der Unternehmer zu vertreten. Aber wie soll sich die Gewerkschaft dann verhalten, wenn die Interessen der Angestellten mit denen der Unternehmer auf einer Linie liegen, wie es im vorliegenden Falle zutrifft. Was nützt schließlich ein hoher Lohn, eine kurze Arbeitszeit den Kollegen, die infolge der Stilllegungen oder Einschränkungen des Verkehrs entlassen worden sind? Eine dauernde Unrentabilität der Bahnen führt aber bestimmt zur Einstellung, auch dann, wenn die Betriebe sozialisiert sind. Wir haben auch mit dem Schreckgespenst der Einstellung nicht nur gedroht. Fast täglich mehrten sich die Meldungen, daß diese und jene Bahn ihren Betrieb wesentlich eingeschränkt oder stillgelegt hat. An derartigen Erscheinungen, die uns Zeuge dafür sind, daß der Mauerfraß bereits am Fundamente des Berufes nagt, kann eine ernstliche Standesorganisation nicht vorbeugen.

Eine Gesundung wird dann erst eintreten können, wenn das Lohnkonto mit den Einnahmen ins richtige Verhältnis gebracht wird. Voraussetzungen sind aber ein Stillstand, oder gar ein Abbau der Löhne erst dann eintreten, wenn auch die Kosten der Lebenshaltung auf ein vernünftiges Maß zurückgebracht sind. Auf diesem Gebiete gibt es aber anscheinend vorläufig keinen Stillstand. Brot, Zucker, Fett, Fleisch, Schabwarenen usw. steigen im Preise immer weiter, müssen weiter steigen, wenn nicht der Auspöcher des Volkes, nicht nur durch das Schiebertum, sondern auch durch den legitimierten Groß- und Kleinhandel, durch das Kapital, endgültig ein kräftiger Niegel vorgeschoben wird. Mit Stolz wird heute von gewissen Leuten immer von einer deutschen sozialistischen Republik geredet. Wer wolle aber leugnen, daß wir heute, anderthalb Jahr nach der Revolution, viel tiefer im Kapitalismus, in seiner verwerflichsten Form, stehen wie ehedem. Nur zwei Maßnahmen grundsätzlicher Art sind bisher getroffen, die dem unerbittlichen Mehrwert kräftig an die Gurgel springen. Die neue Steuerreform und die Beschränkung der Steigerung der Mietpreise. Was ein Hoch klingt es, daß es gerade zwei nicht sozialistische Minister gewesen sind, die hier durchgreifende Arbeit geleistet haben. Sonst aber ist viel von unerbittlichem Mehrwert gesprochen und geschrieben, sind große Pläne für Sozialisierung entworfen und verworfen worden, ohne aber irgend eine Befreiung zu erzielen. Noch nie hat der moderne Kapitalismus soviel Gewinne zu buchen, wie gegenwärtig. In den meisten Aktien-gesellschaften sind im letzten Jahre durchwegs bedeutend höhere Dividenden ausgeschüttet worden, wie im Vorjahre. 20 bis 30 Prozent sind gar keine Seltenheit mehr. Vielfach waren die Gewinne so hoch, daß man sich schämte, sie in Form von Prozenten des Aktienkapitals zu verteilen, sondern einen sogenannten Bonus, neben den Dividenden, zur Auszahlung brachte. Vielfach wurden auch neue Aktien zu einem Preise an die alten Aktionäre ausgegeben, deren Kurswert die Kaufsumme um das Hundertfache überstieg, das Kapital künstlich verwässerten und nichts anderes bedeutete wie einen einmaligen Extragewinn von 500 und mehr Prozent an die alten Aktionäre. Und nicht sind es einige wenige Gesellschaften, die so glänzende Abschüsse haben, sondern sämtliche, soweit sie nicht durch die eigenartigen Verhältnisse, wie bei den Straßenbahnen, oder durch gesetzliche Vorschriften an der rücksichtslosen Ausplünderung der Verbraucher gehindert waren. Erst die hohen Preise, die den Konsumenten abgepreßt wurden, ermöglichten derartige Verdienste und solange diese die Lebenshaltung der breiten Massen immer mehr unnützlich verteuern, solange der Staat den Gewinn nicht an der Quelle, gleich in welcher Form er verteilt wird, rücksichtslos steuerlich erfaßt, solange



wird auch leider keine Verbilligung der Lebenshaltung eintreten. Das Privatkapital tut gar nichts, um zu seinem Teile zu der notwendigen Preisverbilligung beizutragen.

Wir sehen hier immer wieder den alten Kreislauf. Uebermäßige Gewinne verteuern die Bedarfsgegenstände, diese bedingen eine Verteuerung der Lebenshaltung, der Lebensmittel, diese wieder Lohnerhöhungen, die ihrerseits wiederum zur Verteuerung der Produktion führen, um dann in einem Kreislauf wieder von vorne anzufangen. Notwendigerweise müssen dann die Gewerbe und Berufe, deren Erzeugnisse und Leistungen nicht unter allen Umständen zur Befriedigung der Lebensnotdurft gehören, letzten Endes unter die Räder kommen, wie es bei den Straßenbahnen leider der Fall ist.

Die Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften ist daher nicht so aufzufassen, als wenn die Vertreter der Arbeiter nur den Polizisten dafür abgeben sollten, die Kollegen vor unüberlegten Schritten zu warnen, sie über die wirkliche Lage des Gewerbes aufzuklären und sie im Interesse des Ganzen zur Opferwilligkeit zu erziehen. Nein, auch die Arbeitgeber müssen dazu beitragen, die Auswüchse des Kapitalismus, die uns letzten Endes die unhaltbaren Zustände im Berufe gebracht haben, zu beseitigen. Nur so wird die gesunde Basis gefunder werden können, wo alle Beteiligten, wenn auch unter unangenehmen Opfern, gemeinsam an der Wiedergesundung des Gewerbes mit Hingabe arbeiten können.

## Der vorläufige Reichswirtschaftsrat

Nach den Beschlüssen des 6. Ausschusses der Nationalversammlung, denen der Reichsrat zugestimmt hat, aus 220 Mitgliedern bestehend. Es entsenden den Mitgliedern des vorläufigen Reichswirtschaftsrates 88 auf Land- und Forstwirtschaft, 8 auf Gärtnerei und Fischerei, 88 auf Industrie, 48 auf Handel, Banken und Versicherungswesen, 34 auf Verkehr und öffentliche Unternehmungen, 36 auf das Handwerk, 20 auf die Verbraucher, 16 auf Beamte und freie Berufe, 12 auf Verwaltungen, die mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Berufe besonders vertraut sind und 12 auf Personen, die von der Reichsregierung nach freiem Ermessen ernannt werden.

An Arbeitnehmervertretern sind zu nennen in der Landwirtschaft 22. (Davon 13 vom sozialdemokratischen Landarbeiterverband, 5 vom christlichen Landarbeiterverband, 4 von den landwirtschaftlichen Angestelltenverbänden.) Außerdem sind für die Gruppe Landwirtschaft 14 Vertreter des Kleinbesitzes zu benennen, von denen je 3 der sozialdemokratische und der christliche Verband stellen. Für die Forstwirtschaft treten 3 Arbeitnehmervertreter hinzu, die vom Reichsforstwirtschaftsrat zu benennen sind und zwar 2 auf Vorschlag der Forstarbeitergruppe, 1 auf Vorschlag der Beamten und Angestellten. In der Gärtnerei werden je 1 Arbeitnehmervertreter benannt vom sozialdemokratischen Gärtnerverband, vom christlichen Gärtnerverband und vom Verband der Privatgärtner. In der Fischereigruppe benennen der sozialdemokratische Transportarbeiterverband und der Berufs-Binnenfischerverband je einen Arbeitnehmervertreter. Von den Arbeitnehmervertretern der Industrie werden 21 von der Zentralarbeitsgemeinschaft, nach Fachgruppen geordnet, benannt. Es müssen dazu 2 Vertreter der technischen Angestellten sein. Der Reichslohlenrat benennt 2, der Reichsalizarat 1 Arbeitnehmervertreter. — 10 Arbeitnehmervertreter, darunter mindestens 2 technische Angestellte, werden von der Zentralarbeitsgemeinschaft nach räumlicher Gliederung benannt.

Die Arbeitnehmervertreter des Handels werden benannt von der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels, des Großhandels, des Außenhandels und der Großeinzelhandelsvereine deutscher Konsumvereine. In fachlicher Gliederung sind zu benennen: 10 Vertreter des Handels, 1 Vertreter der Kreditgenossenschaften, 1 Vertreter des Versicherungsgewerbes. In räumlicher Gliederung sind zu benennen: 8 Vertreter, davon mindestens 2 Handelshilfsarbeiter.

In der Gruppe Verkehr und öffentliche Unternehmungen werden benannt Abteilung Schifffahrt: 5 Arbeitnehmervertreter von der Zentralarbeitsgemeinschaft für das Transport- und Verkehrs-gewerbe, davon 3 Vertreter der Seeschifffahrt, 2 der Binnenschifffahrt. Die gleiche Zentralarbeitsgemeinschaft benennt für das Transport-gewerbe je 1 Arbeitnehmervertreter des Spektions- und des Personen- und Lastfahrgewerbes. In der Abteilung Post wird 1 Vertreter gemeinschaftlich benannt vom Verband deutscher Post- und Telegraphenbediensteter Berlin, dem sozialdemokratischen Transportarbeiterverband und den dem deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden der Post- und Telegraphenarbeiter und der Staatsarbeiter. Für die Eisenbahn wird 1 Arbeitnehmervertreter benannt vom sozialdemokratischen Eisenbahnerverband, gemeinschaftlich von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und dem Allgemeinen Eisenbahnerverband, 1 von der Reichsarbeitsgemeinschaft für das Transportgewerbe. Für die städtischen Betriebe sind 2 Arbeitnehmer gemeinschaftlich zu benennen von den sozialdemokratischen Verbänden der Transport- und Gemeinbedarfer und dem christlichen Gemeinbedarferverband. Die gleichen Verbände benennen ebenfalls 2 Vertreter für die Abteilung der Gemeinbedarfer.

Für die öffentlich-rechtlichen Spar- und Kreditanstalten werden benannt 1 Arbeitnehmervertreter vom deutschen Beamtenbund und ein weiterer Vertreter gemeinschaftlich von der Afa, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften.

Für das Handwerk werden 16 Arbeitnehmervertreter von der Zentralarbeitsgemeinschaft benannt, wobei die einzelnen Berufe und Bezirke zu berücksichtigen sind.

Die 30 Vertreter der Verbraucher werden wie folgt gestellt: 8 vom deutschen Städte-Tag, (darunter 2 Hausbesitzer und 2 Mieter), 2 vom Reichs-Rätebund, 2 vom Verband größerer Landgemeinden (darunter 1 Süddeutscher), 2 vom Reichsrat aus Vertretern kleinerer Gemeinden (darunter ein Süddeutscher), 8 vom Zentralverband deutscher Konsumvereine, 3 vom Reichsverband deutscher Konsumvereine (Köln-Mülheim), 1 vom deutschen Genossenschaftsverband, 2 Hausfrauen, zu benennen vom Verband deutscher Hausfrauengemeine, 2 Hausangestellte (davon 1 zu benennen vom Zentralverband der Hausangestellten, 1 Vertreter des Beherbergungs- und Gastwirts-gewerbes, zu benennen von den Arbeitnehmerorganisationen).

Von den 16 Vertretern der Beamten und der freien Berufe benennen u. a. der deutsche Beamtenbund 3, der Reichsverband deutscher Technik 3, der Werkbund 1, der Reichsverband der deutschen Presse 1.

## Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Streit der Straßenbahner in Würzburg.

Am Monat Februar ds. Js. wurde der Straßenbahnbetrieb wegen Kohlenmangel stillgelegt. Nachdem der Betrieb wieder aufgenommen war, erfolgte eine obermögliche Erhöhung am 25. März. Nach langem Verhandeln mit

der Landeslohlenstelle sollte am 22. April der Betrieb wieder aufgenommen werden. Die Firma hatte bis zum 20. April den Kollegen die Differenz zwischen der städtischen Erwerbslosenunterstützung und dem Lohn gezahlt, ab dem Zeitpunkt ab jedoch weigerte sie die weitere Lohnfortzahlung. Vor der Wiederaufnahme der Arbeit verlangten die Kollegen mit Rücksicht auf ihre niedrigen Löhne eine laufende Zulage von monatlich 400 Mk. Gemäß dem Lohnvertrag vom 12. Januar ds. Js. betragen die Löhne für Wagenführer 1,70 bis 2,— Mk. pro Schaffner 1,60 „ 1,90 „ „ Straßenwärter und

Kutscher	1,70	2,—
Facharbeiter	1,75	2,80

Diese Löhne müssen auch unter Berücksichtigung der bayrischen Verhältnisse als nicht bezeichnet werden. Trotzdem konnte die Direktion jegliche Lohnerhöhung ab. Infolgedessen wurde die Arbeit am 23. April nicht aufgenommen, die Kollegen beschloßen vielmehr, dieselbe nicht anzunehmen, bis ihre Lohnforderung in befriedigender Weise erfüllt worden sei. Die Stadtverwaltung erklärte sich sofort bereit, Verhandlungen anzubahnen. Dieselben verliefen jedoch ergebnislos. Am 11. Mai fanden wieder Verhandlungen mit der Direktion statt. Das stellte sich diese auf den Standpunkt, den Beamten überhaupt nicht mehr aufzunehmen, wenn nicht seitens der Stadt eine finanzielle Hilfe zuteil werde, da der Betrieb nur mit Unterbillanz arbeite. Daraufhin stellte die Organisation an den Stadtrat den Antrag, entweder die Aufnahme des Betriebes zu ermöglichen oder die Arbeiter der Straßenbahn als Handarbeiter zu übernehmen. Zu diesem Antrag nahm der Stadtrat alsbald Stellung und beschloß, der Straßenbahndirektion eine Streikpreisermäßigung zu bewilligen, sowie auch die Erhöhung der Fahrpreise zu genehmigen. Die Stadt formulierte ihre Stellung gegenüber der Straßenbahn und den Organisationen in folgender Weise:

1. Die Firma und die Arbeiter verpflichten sich, den Betrieb aufzunehmen.
2. Die Stadt Würzburg läßt eine Erhöhung der Fahrpreise, wie sie im Interesse der Straßenbahn und der Stadt liegt, zu.
3. Die Lohnfrage wird sofort nach Wiederaufnahme des Betriebes unter einem parteiischen Vorsitzenden unter Hinzuziehung der Stadt Würzburg geregelt.
4. Von dem Entgegenkommen der Firma den Arbeitern gegenüber hängt die Strompreisermäßigung, die die Stadt Würzburg der Straßenbahn zuteil werden lassen wird.
5. Beide Teile wollen sich in ihren Forderungen möglichst Mäßigung anfertigen.

Am 12. Mai fand eine vom gesamten Personal besuchte Versammlung statt, die zu diesen Anträge der Stadt Würzburg Stellung nahm. Die Organisationsvertreter erstatteten Bericht über die Sachlage und empfahlen die Annahme des Antrages der Stadt. Die Direktion der Straßenbahn nimmt jedoch eine abwartende Stellung ein. Der Streik dauert daher ununterbrochen fort. Die Kollegen stehen nach wie vor fest und treu zusammen im Kampfe um ihre berechtigten Forderungen und hoffen mit Bestimmtheit auf ein glückliches Gelingen ihres Kampfes.

Der Zentralkonsum für Gemeindebetriebe beschäftigte sich in seiner Sitzung am 16. April u. einer Anwesenheit von gewerkschaftlicher Arbeitervertretern der Städte Würzburg



Zentralverbandes der Maschinen und Heizer und des deutschen Transportarbeiterverbandes beschließt der Zentralausschuß wie folgt beantwortet:

Die zwischen dem Vorstand des deutschen Arbeitertages einerseits und den Hauptvorständen des Verbandes der Gemeindegewerkschafter u. Straßenbahner Deutschlands andererseits unter dem März, 8. April 1919 vereinbarten Grundzüge für die Errichtung eines Gemeinlichen Zentralausschusses sehen vor, daß von den 5 ständigen Arbeitnehmerschlechtern des Zentralausschusses 4 durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und 1 durch den Zentralverband der Gemeindegewerkschafter u. Straßenbahner Deutschlands zu ernennen sind. Die Hinzuziehung unangewandter Arbeiter zu den Verhandlungen des Zentralausschusses ist in das Belieben des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter gestellt. Der Zentralausschuß als solcher ist hier nicht in der Lage, zu dem Antrag des Zentralverbandes der Maschinen und Heizer und des deutschen Transportarbeiterverbandes auf Eröffnung im Zentralausschuß Stellung zu nehmen, muß es vielmehr den beiden Gewerkschaften überlassen, diesbezüglich im Einzelfalle an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzutreten.

**Die Lohnbewegung der Berliner Straßenbahner.**

Wie haben in Nr. 5 unserer Verbandszeitung über die Lohnverhältnisse des Berliner Straßenbahnpersonals berichtet. Im Anschluß an die Übergabe der Lohnsätze usw. sagten wir wörtlich: „Ein Vergleich dieser Lohnsätze mit den an anderen Orten, namentlich im Westen üblichen, zeigt, daß die Berliner Löhne erheblich niedriger sind. Der Unterschied beträgt bis zu 9 M. und mehr pro Tag. Die unter Ziffer 3 angeführte Forderung ist bisher auch noch nicht geübt worden. Es ist daher leicht begreiflich, daß die Unzufriedenheit der Kollegen schändlich wachsen begriffen ist. Da die angeführten Löhne angesichts der ungeheuren Teuerung völlig unzureichend sind und den Berliner Verhältnissen in keiner Weise gerecht werden, muß eine Erhöhung derselben daher baldigst erfolgen.“

Der gesamte Lohnsatz, der durch einen Schiedsspruch zustande gekommen ist, hatte Gültigkeit zum 31. März. Für den neuen Lohnsatz werden Forderungen aufgestellt für: Ungelernte Arbeiter ein Stundenlohn von 5,70 M., gelernte „ und Schaffner 5,90 „, Handwerker und Fahrer 6.— „.

In den Verhandlungen über diese Forderungen konnte eine Einigung nicht erzielt werden, sodaß wiederum der Schlichtungsausschuß angerufen wurde. Derselbe fielte am 3. Mai einen Schiedsspruch. Danach wurden die Stundenlöhne durch um 1 M. erhöht, für Ungelernte Arbeiter von 3.— M. auf 4.— M., Gelernte „ „ 3,10 „ „ 4,10 „, Handwerker „ „ 3,80 „ „ 4,30 „, Werkstoffler und Vorarbeiter „ 3,40 „ „ 4,40 „.

Dazu kommt ein Stundenzuschlag von 0,25 M. für jedes Kind, was eine Wochenzulage von 1 M. ausmacht. Der Lohn für Fahrer und Schaffner wird erhöht von 550 M. auf 825 M., der Anfangslohn, von 600 M. auf 875 M. im Ablohne. Die Spannung zwischen Anfangs- und Höchstlohn wird nach 5 Dienstjahren erreicht. Fahrer erhalten pro Arbeitstag eine Zulage von 1 M. Die Kinderzulage beträgt 62 M. monatlich.

Die bisher gezahlte Kartoffel- und Brotzulage fällt weg. Die Forderung auf Bezahlung

der freien Tage und auf erhöhten Urlaub wurde abgelehnt.

Die in diesem Schiedsspruch festgelegten Lohnsätze bleiben also ganz erheblich hinter den aufgestellten Forderungen zurück, ebenso auch hinter den in vielen anderen Orten, namentlich des Westens üblichen Löhnen der Straßenbahner. Dennoch empfiehlt der deutsche Transportarbeiterverband, dem die Straßenbahner in Berlin fast restlos (mit Ausnahme des technischen Personals, das dem Metallarbeiterverband angehört), die Annahme des Schiedsspruches. Am Freitag, den 7. Mai, wurde eine Anzahl Bahnhofsversammlungen abgehalten. In diesen wurde denn auch dem Schiedsspruch mit großer Mehrheit zugestimmt.

**Die Lohnbewegung der Berliner Gemeindegewerkschafter**

beschäftigte auch den Zentralausschuß für gemeinliche Betriebe in seiner Sitzung vom 16. April. Wir entnehmen dem hierüber geführten Protokoll folgendes:

„Es wird zunächst über den Lohnsatz verhandelt. Die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden erklären, daß es ihnen der Finanzlage der Gemeinden entsprechend unmöglich sei, die Forderungen der Arbeiterschaft zu bewilligen. Die Sätze des Lohnprovisoriums von Anfang April, das den Arbeitern Erhöhung der bisher gezahlten Bezüge um etwa 25%, gebracht habe, seien das äußerste Zugeländnis, das angesichts der Unfähigkeit der Gemeindefinanzen infolge Beschlagnahme der Steuerkraft durch die Reichsfinanzverwaltung gemacht werden könne, zumal da schon für das Lohnprovisorium keine Deckung vorhanden sei. Demgegenüber weisen die Vertreter der Arbeitnehmer darauf hin, daß es nicht angehe, die Arbeiterkraft ohne die erforderlichen Existenzmittel zu lassen. Das Lohnprovisorium könne die Arbeiter nicht befriedigen, es müsse unter allen Umständen, mit Rücksicht auf die ständig fortgeschrittene Teuerung, an den keineswegs überspannten Lohnforderungen festgehalten werden.“

Schließlich wird eine Einigung auf eine mittlere Linie erzielt und einstimmig folgender Teilschiedsspruch

**Teilschiedsspruch**

1. Vom 1. April 1920 bis 30. Juni 1920 gilt der nachstehende Lohnsatz:

	Stundenlohnsätze	
	Grundlohn nach 1 Jahr	
a) Männl. Arbeitskräfte:	M.	M.
1. Ungelernte Arbeiter	3,80	3,90
2. Angelernte Arbeiter	3,90	4,00
3. Handwerker	4,10	4,20
4. Jugendliche:		
im 14. u. 15. Jahre	2,00	
„ 16. „ 17. „	2,80	
b) Weibl. Arbeitskräfte:		
1. Ungel. Arbeiterinnen	2,70	2,80
2. Angel. Arbeiterinnen	2,80	2,90
3. Qualif. Arbeiterinnen	2,90	3,00
4. Jugendliche:		
im 14. u. 15. Jahre	1,80	
„ 16. „ 17. „	2,60	

II. Neben dem Lohnsatz ist die in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis 31. März 1920 gewährte Lohnbeihilfe (monatlich 60 M. für Ledige unter 18 Jahren, 75 M. für Ledige über 18 Jahre, 90 M. für Verheiratete) weiterzuführen, jedoch wird die Kinderzulage von 20 M. auf 35 M. erhöht.

III. Auf die hiernach rückwirkend vom 1. April 1920 an zu zahlenden Bezüge sind die auf Grund des Anfang April zustandekommenen Lohn-

provisoriums gewährten Bezüge in Anrechnung zu bringen.

IV. Die Entlohnung der Kindererwerbsfähigen soll im Manteltarif geregelt werden. Bis dahin erhalten die Kindererwerbsfähigen die bisher bezogenen Löhne.

V. Die Gewährung einer besonderen Kinderzulage kommt nicht in Frage, nachdem die Kinderzulage der Lohnbeihilfe (II) erhöht worden ist.

VI. Soweit bisher dem Personal der Müllabfuhr besondere Zuschläge gezahlt worden sind, sind sie weiter zu zahlen.

VII. Während der Geltungsdauer des Lohnsatzes sollen Änderungen des Lohnes nicht erfolgen.

VIII. Die Kosten der Einigungsverhandlungen am 16. April 1920 tragen die Parteien je zur Hälfte.

IX. Der Schiedsspruch gilt als angenommen, wenn nicht binnen 14 Tagen Widerspruch bei der Geschäftsstelle des gemeinlichen Zentralausschusses erfolgt.“

Mit diesem Schiedsspruch gaben sich aber die Arbeiter nicht zufrieden. Daraufhin hat nun die Verwaltung in Abänderung des Schiedsspruches in Bezug auf die Lohnbeihilfen folgenden Beschluß gefaßt. Dieselben betragen vom 1. April 1920 ab:

Für Ledige unter 18 Jahren	60 M. monatlich
„ über 18 „	100 „ „
„ Verheiratete	150 „ „
„ jedes Kind	40 „ „

Diese Lohnbeihilfen sind für den Monat Mai sofort in voller Höhe auszuführen.

**Zur Lohnbewegung der Berliner Straßenbahner.**

Die in der Nr. 9 unseres Organs veröffentlichten Lohnsätze sind durch weitere Verhandlungen überholt und betragen nunmehr einschließlich mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1920:

<b>Gruppe I, Gelernte Handwerker</b>	
18 und 19 Jahre	2,90 M. je Stunde
20 und 21 Jahre	4,20 M. je Stunde
22 und 23 Jahre	4,50 M. je Stunde
24 Jahre und älter	4,60 M. je Stunde
<b>Gruppe II, Ungelernte Handwerker</b>	
in der Reihenfolge der Jahre wie bei gelernten Handwerkern 2,70 M., 4 M., 4,30 M., 4,60 M.	
<b>Gruppe III, Arbeiter</b>	
ebenfalls Jahresklassen wie oben 2,50 M., 2,90 M., 4,10 M., 4,30 M.	
<b>Gruppe IV, Hilfsleute</b>	
3,30 M., 3,60 M., 3,90 M., 4 M.	
<b>Jahrespersonal</b>	
<b>Gruppe V, Fahrer</b>	
Einstellungslohn	31,20 M. je Arbeitstag
nach 3 Monaten	32,40 M. je Arbeitstag
nach 6 Monaten	35,20 M. je Arbeitstag
<b>Gruppe VI, Schaffner</b>	
Einstellungslohn	30.— M. je Arbeitstag
nach 6 Monaten	31,20 M. je Arbeitstag
nach 3 Monaten	34.— M. je Arbeitstag

Sollte das Reich eine Befähigungszulage für die Arbeiter einführen, so wird die für die Straßenbahn auf der Grundlage eines Lohnes von 4,25 M. je Stunde für den 24 Jahre alten Handwerker aufgebaut. Es soll jedoch alsdann einschließlich dieser Befähigungszulage der Lohn dieses Handwerkers mindestens 5 M. je Stunde betragen. Diese Befähigungszulage soll mit Wirkung ab 1. Mai 1920 eingeführt werden.

Auf der so gegebenen Grundlage werden die Lohnsätze der übrigen Fahrbediensteten und Arbeiter gemäß dem Lohnabkommen vom 26. März 1920 ermittelt, so daß die Unterschiede zwischen den einzelnen Klassen dieselben bleiben, wie sie in diesem Lohnabkommen angegeben sind.



### Tarifabschluss mit der Kreisverwaltung Bader-Baden.

Nun endlich, nach langem Sträuben, Festsitzen und Verhandeln ist es mit der obengenannten Kreisverwaltung zum Tarifabschluss für die Kreisstraßenwärter gekommen. Bemerkenswert ist, daß der Vertrag rückwirkend ab 1. Juli 1919 in Kraft tritt, und die darin vorgesehenen höheren Bezüge von diesem Tage an nachgezahlt werden müssen.

Der Jahreslohn der Wegewärter beträgt Anfangslohn 1500 Mk., Höchstlohn 1800 Mk. Neben dem im § 2 festgesetzten Jahreslohn stehen den Wärtern folgende Bezüge zu:

- Für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919:
  1. Teuerungszulagen für Verheiratete 900 Mk. jährlich
  - " Ledige 700 "
  2. Kinderzulagen und zwar für jedes Kind unter 15 Jahren 84 Mk. jährlich.
- Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920:
  1. Teuerungszulagen für Verheiratete 1620 Mk. jährlich
  - " Ledige 1140 "
  2. Kinderzulagen und zwar für jedes Kind unter 15 Jahren 240 Mk. jährlich.
- Für die Zeit vom 1. April 1920 ab:
  1. Teuerungszulagen für Verheiratete 2190 Mk. jährlich
  - " Ledige 1710 "
  2. Kinderzulagen und zwar für jedes Kind unter 15 Jahren 240 Mk. jährlich.

### Mit der Paderborner Straßenbahn

Es ist nun auch zu einer Tarifvereinbarung gekommen. Soweit die Löhne in Betracht kommen, kann sie zwar nicht voll befriedigen und einen Vergleich mit den übrigen großstädtischen Tarifen aushalten. Immerhin brachte die Vereinbarung eine Lohnerhöhung von 350 Mk. pro Tag. Bei dem drohenden Rückgang des Verkehrs, infolge der notwendig gewordenen Tarifserhöhungen, mußte versucht werden, einen gewissen Ausgleich zu schaffen, um nicht einen Teil der Kollegen der Arbeitslosigkeit zu überantworten. Im Übrigen lehnt sich der Vertrag an den Tarifvertrag, der mit dem Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte Rheinlands und Westfalens geschlossen ist, eng an und bringt neben der Lohnerhöhung noch eine Reihe sonstiger Vorteile für die Kollegen.

### Tarifabschluss mit der Gemeinde Jrechen.

Der Wert der gewerkschaftlichen Organisation, nicht nur für die Arbeiter der Großstädte, sondern auch für die der Landgemeinden wird am besten bewiesen durch die Erfolge, die unser Verband durch den Abschluß einer Reihe von Tarifverträgen zu verzeichnen hat. Anfangst kam ein Vertrag mit der Gemeinde Jrechen zustande, der mancher Stadt zum Vorbilde dienen kann. Sämtliche Vorteile, die der Reichsmanteltarif für die Arbeiter vorsieht, sind durch diesen Vertrag den Kollegen gesichert. Die Lohnfrage wurde wie folgt geregelt:

Der Wochenlohn beträgt:

Für Vollarbeiter im 1. Dienstjahre	216,00 Mk.
" " " 2. " " "	218,00 "
" " " 3. " " "	220,80 "
" jugendl. Arbeiter im 15. Lebensj.	64,80 "
" " " 16. " " "	68,40 "
" " " 17. " " "	108,00 "
" " " 18. " " "	129,60 "
" " " 19. " " "	162,00 "
" " " 20. " " "	183,60 "

Arbeiterinnen (auch jugendliche) erhalten 7/8 der obigen Bezüge, wenn sie jedoch dieselbe Arbeit verrichten wie männliche Arbeiter, so erhalten sie auch deren Lohn.

Die Entlohnung der Unfallverletzten und der Mindererwerbsfähigen erfolgt nach besonderer Vereinbarung zwischen der Verwaltung und dem Obmanne.

### Die neuen Löhne der Gas- und Elektrizitätswerkarbeiter im besetzten Gebiete.

Bei den am 17. April geschlossenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte Rheinlands und Westfalens wurde für die im besetzten rheinischen Gebiete liegenden Werke, soweit sie dem genannten Arbeitgeberverbande angehören, folgende Löhne vereinbart:

Gruppe I =	Mk. 4,00 bis Mk. 5,10 pro Stunde
" II =	" 4,70 " " 4,90 " "
" III =	" 4,40 " " 4,70 " "
" IV =	" 4,20 " " 4,50 " "

Vorstehende Lohnsätze gelten für Ortsklasse A. Ausgenommen sind die Werte in Eltville, Krefeld, Ling und Wermelskirchen, für welche die Sätze des unbesetzten Gebietes Geltung behalten. Vorstehende Sätze gelten ab 1. April 1920.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

Unlautere Agitation. Wie in der freien Gewerkschaftsbewegung, versuchen nunmehr auch die Agenten der Sozialdemokratie nahelebende Volkserzürge, mit nicht einwandfreien Mitteln zu werben. In verschiedenen Betriebsvereinigungen wird von diesen Leuten der Felda hauptsächlich gegen die Deutsche Volksversicherung geführt. Dieselbe wird als ein kapitalistisches Unternehmen bezeichnet, weil sich an ihrer Gründung u. a. 30 private Versicherungsgeellschaften beteiligt hätten, die ihr auch heute noch als Aktionäre angehören. Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit?

Alleerdings beteiligten sich an der Gründung der Deutschen Volksversicherung auch 30 private Versicherungsgeellschaften. Aber diese Gründer und Aktionäre haben doch im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung viel größere Opfer gebracht, als die Aktionäre der „Volkserzürge“, welche da sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Konsumvereine. Sie stellten der Deutschen Volksversicherung ein Grundkapital von 2000000 Mark und einen Organisationsfonds von 1000000 Mark (letzteren sogar unentgeltlich) zur Verfügung und wiesen ihre Betreuer an, für die Deutsche Volksversicherung mitzuarbeiten. Und was erhalten sie für ihre außergewöhnlichen Leistungen?

Von den bei der Deutschen Volksversicherung A. G. angesammelten Gewinnen erhalten zunächst die Versicherungsnehmer 80%. Die dann folgenden 10% werden zu außerordentlichen Rücklagen (also auch im Interesse der Versicherungsnehmer) verwandt. Es aus dem dann verbleibenden Rest ist eine Dividende auf das Grundkapital zu verteilen, die für alle Zeiten auf 4% beschränkt ist. Aber sogar auf diesen verhältnismäßig geringen Prozentsatz haben die Aktionäre der Deutschen Volksversicherung A. G. bis Ende 1918 verzichtet.

Wie aber verfährt die „Volkserzürge“? Sie sorgt dafür, daß zunächst ihre Aktionäre (sozialdemokratische Gewerkschaften und Konsumvereine), die ein Grundkapital von 1000000 Mark zur Verfügung stellen, 4% vom ganzen Gewinn erhalten. Und in zweiter Linie erst werden die Versicherungsnehmer bedacht.

Unser Gewerkschaftsmittgliedern kann aber nicht eindringlich genug gesagt werden, selbst ab der Zeit und verschafft auch so schnell als möglich Material über die gemeinnützige Deutsche Volksversicherung A. G. Solches ist erhältlich bei den Rechnungsstellen oder beim Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften (Abt. Volksversicherung) in Köln a. Rh., Verloerwall 9. Es werden auch allerorts noch Mitarbeiter gegen Provision gesucht.

Die Erhöhung der Versicherungssumme von 2000 auf 5000 Mk. hat unserer Deutschen Volksversicherung einen glänzenden Aufstieg im ersten

### Der Kleingarten.

Um die Tätigkeit unserer gewerkschaftlichen Organisationen in den letzten Jahren richtig beurteilen zu können, dürfen wir nicht fragen, um wie viel hat sich die Lebenshaltung der Arbeiter und Bediensteten seit dem Jahre 1914 gehoben. Wer wollte leugnen, daß die Lebenshaltung der breiten Massen, die seit den achtziger Jahren sich andauernd gehoben hatte, seit 1914 von Monat zu Monat auf ein tieferes Niveau gesunken ist? Der Erfolg der Gewerkschaften liegt darin, ein durch die allgemeine Verarmung begünstigtes noch tieferes Sinken zu verhindern zu haben. Durch diese Tatsachen ist auch zur Genüge der Beweis dafür erbracht, daß mit Lohnerhöhungen allein uns nicht geholfen wird. Nur bei Anwendung aller zur Verfügung stehenden Hilfsmittel ist eine Besserung zu erwarten. Nur eine vermehrte Erzeugung wirtschaftlicher Güter gestattet der deutschen Volkswirtschaft, dem Einzelnen ein größeres Maß zum Gebrauch zur Verfügung zu stellen. Gelingt dieses nicht, wird auch in Zukunft in den meisten Arbeiterfamilien Schmalhans Rüchsenmeister sein.

Eine größere Produktion kann durch eine Verlängerung der jetzigen achtsündigen Arbeitszeit erzielt werden. Es können gewiß Fälle eintreten, wo in einzelnen Gewerben eine Verlängerung der jetzt üblichen Arbeitszeit vorübergehend eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist. Grundsätzlich ist aber für die gewerblichen und industriellen Arbeiter, deren Arbeitskraft während dieser acht Stunden ständig in Anspruch genommen wird, an dieser Arbeitszeit festzuhalten. Nur ganz schwerwiegende volkswirtschaftliche Gründe können rechtfertigen, auf die vielen Vorteile einer angemessenen kurzen Arbeitszeit für Gesundheit, Familienleben und geistige Betätigung zu verzichten.

Die durch den Achtstundentag gewonnene Freizeit braucht aber nun nicht restlos dem „Lügen Nichtstun“, dem Vergnügen gewidmet zu sein. Hier heißt es das Gute mit dem Schönen, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Könnte es eine schönere Aufgabe in der gegenwärtigen Zeit geben, als die wertvolle Arbeiter- und Angestelltenkraft der Städte, besonders der Großstädte, wieder mit der Arbeit und dem Boden in Berührung zu bringen? Die Arbeit

in Feld und Garten bringt nicht nur Gewinn für das geistige Leben, sondern auch in der heutigen Zeit eine sehr willkommene Vergrößerung der sehr knapp bemessenen Lebensmittelmengen. Der ehrliche Volkserzürge kann daher mit Freude jene Bestrebungen unterstützen, die den zusammengedrängten Massen der städtischen Bevölkerung wenigstens auf dem Wege der Kleingartenkolonien wieder eine Verbindung mit der Natur, ein Stück Lebensfreude und Gesundheit und einen Beitrag zur Lebensmittelerzeugung verschaffen wollen.

Der deutsche Verein für Wohnungsreform Berlin-Schöneberg, Neue Steinmetzstraße 4, der diese Bestrebungen schon wiederholt erheblich gefördert hat, gibt jetzt in der neuesten Nummer seiner „Mitteilungen“ durch einen Artikel von Diplom-Ingenieur Sutter-Frankfurt am Main einen interessanten Überblick über das Wachstum und die Festigung des Kleingartenwesens in unseren großen Städten. Der Artikel gibt namentlich einige wichtige Zahlenangaben zum Grund einer Umfrage, die nur kurzem das städtische Amt der Stadt Frankfurt am Main



uartal dieses Jahres gebracht. Die Ver-  
herzungsumme stieg in genannter Zeit auf  
359 833 M., gegen 3634 898 M., in den ersten  
et Monaten des Vorjahres.

Auch die Zahl der Versicherungsanträge hat  
fast verdoppelt. Sie ist gestiegen von 4599  
1922.

Diese Entwicklung ist ein Beweis für die  
grosse Beliebtheit unserer gemeinnützigen  
rischen Volksversicherung. Die erhöhte Ver-  
herzungsumme trägt den Zeitverhältnissen  
haus Rechnung.

### Beitragssteigerung und Gewerkschaftsarbeit.

Die Beitragsregelung ist in allen Berufs-  
organisationen eine Lebensfrage geworden. Eine  
zahl unserer Bruderverbände sind schon mit  
dem Beispiel vorgegangen. Neuerdings  
den auch unsere Freunde vom Christlichen  
beit- und Transportarbeiterverband nach-  
ende Beitragsregelung beschließen:

In allen Ortsgruppen sind die Beiträge  
nach Paragraph 6 der Verbandsatzung fest-  
zusetzen. Der Wochenbeitrag muß  
dementsprechend die Höhe eines  
Stundenverdienstes betragen.

Den im Statut vorgesehenen Beitragstufen  
werden noch weitere 3 Klassen auf Wunsch  
von Mitgliedern hinzugefügt. Dieselben  
sollen sich wie folgt gruppieren:

Beitrag	Gew- und Lokalbeitrag	Gesamtbeitrag
2.- M.	1.- M.	3.- M.
2.50 M.	1.20 M.	3.70 M.
3.- M.	1.50 M.	4.50 M.

Dieser Beitragserhöhung entsprechend  
werden die Unterstützungen ausgeglichen.

In den bestehenden Beitragstufen sollen  
Gew- und Lokalbeiträge verdoppelt werden.  
In der Klasse 3 wird der Gew- und Lokal-  
beitrag auf 60 Pfennig festgesetzt.

Die Erkenntnis bricht sich in allen gewer-  
lichen Organisationen Bahn, daß ohne ent-  
sprechende Beiträge eine Gewerkschaft zur Ohn-  
macht verurteilt ist. Andererseits muß der Um-  
stand berücksichtigt werden, daß die Geldent-  
wertung allein schon eine gewaltige Beitrags-  
erhöhung notwendig macht.

## Arbeiterbewegung.

Erhöhung der Beiträge im deutschen Trans-  
portarbeiterverbände. Wie in der Nummer 18  
des „Courier“ mitgeteilt wird, hat der er-  
weiterte Verbandsvorstand einstimmig beschloffen,  
vom 30. Mai d. J. ab die Verbandsbeiträge  
wie folgt zu erhöhen:

Bei einem Wochenverdienst von:  
mehr als 150 M. pro Woche v. 1.80 auf 2.20 M.  
von 120—150 M. pro Woche v. 1.00 auf 1.80 M.  
v. w. als 120 M. pro Woche v. 0.80 auf 1.40 M.  
für Frauen, Nichtvolldbeschäftigte usw. 0.50 M.  
Singu kommen noch die üblichen Lokalaufschläge.  
Außerdem wurde beschloffen, insofern der Stei-  
gerung der Druckkosten, die Verbandsorgane  
„Der Courier“ wie auch die „Schiffahrt“, die  
bisher regelmäßig 8 Seiten hatten, auf den  
halben Umfang zu reduzieren.

Mit dieser Erhöhung übersteigen die Beiträge  
des Transportarbeiterverbandes die unseres Ver-  
bandes zum Teil um ein Erhebliches. Damit  
fällt auch der bisher seitens einiger unserer  
Ortsgruppen der Straßenbahner erhobene Ein-  
wand, in Rücksicht auf die niedrigeren Beiträge  
im Transportarbeiterverbände unsere Beitrags-  
erhöhung noch nicht durchführen zu können. Wo  
in Zukunft noch Ortsgruppen des Transport-  
arbeiterverbandes in der Beitragsleistung gegen-  
über unseren Ortsgruppen zurückbleiben, handeln  
sie gegen die einstimmig gefassten Beschlüsse  
ihres Zentralvorstandes und treiben Schmutz-  
konterze, auf welchem Wege unsere Kollegen  
ihnen nicht folgen sollten.

Für die Opfer des sozialdemokratischen Terror,  
der gelegentlich der Märzunruhen im Wupper-  
tal durch Brotlösemachung einer Anzahl christlich-  
organisierter Kollegen und Kolleginnen einlegte,  
haben unsere Ortsgruppen im rheinisch-west-  
fälischen Industriekreis eine Sammlung ver-  
anstaltet, die folgendes Ergebnis hatte:

Es gingen bisher ein von der Ortsgruppe:

Düsseldorf	1150.26 M.
Bachum Str.	151.50 „
Rees	122.— „
Wohlt	37.— „
Wattenscheid	15.50 „
Buer	159.— „
Paderborn G.	68.— „
Keddinghausen	72.— „
Rheine	50.— „
Bejel	54.— „

Auch die innere Entwicklung des Kleingar-  
tenwesens zeigt sich in günstigem Lichte, und  
besonders bemerkenswert ist die starke Unter-  
stützung des Kleingartenbaues durch die Kom-  
munalverwaltungen. In rund einem Drittel der  
37 großen Städte bestehen Vereins-Mustergar-  
ten, in einigen Städten auch städtische Muster-  
gärten. In 18 der Städte sind Vereinsbera-  
tungsstellen für das Kleingartenwesen vorhanden,  
in 17 gemeindliche Beratungsstellen; eigentliche  
Kleingartenämter bestehen in 12 Städten. Fast  
in allen größeren Städten erhalten die Klein-  
gartenbestrebungen finanzielle Beihilfen, teils in  
Form von geliehenen Zuweisungen, teils durch  
Überlassung von Land unter sehr entgegenkom-  
menden Bedingungen.

Besonders wichtig für das Kleingartenwesen  
ist natürlich die Landfrage. Nach einer Umfrage,  
die der obengenannte Herr Sutter bereits 1916  
bei einer Reihe größerer deutscher Städte machte,  
ergab sich, daß der Landhunger nach Kleingar-  
ten fast überall so groß war, daß er sich auch  
nicht nähernd befriedigen ließ. Man darf  
ble Hoffnung hegen, daß das seitdem durch die

Sieff	23.—
Hörde G.	25.50 „
Essen	41.05 „
Zusammen 2018.50 M.	

Den opferfreudigen Spendern auch an dieser  
Stelle den herzlichsten Dank.

**Gewerkschaftsjugend.** Was unsere gewer-  
schaftlich organisierte Jugend und ihre Führer  
seit langem erhofft, ersehnt und verlangt hatten,  
es ist nun zur Tat geworden: die erste Nummer  
der Halbmonatsschrift für die Jungmänner der  
christlichen Gewerkschaften, „Gewerkschafts-  
Jugend“, ist erschienen. Wir mußten dieses  
Blatt haben, heißt es zum Geleit. Junge Ge-  
werkschaftler sind keine Menschen, die gedanken-  
los in den Tag hineintoben, die nicht fragen,  
was in der Welt um sie her vorgeht und wie  
sich ihr Schicksal gestaltet. Nein, junge Gewer-  
kschaftler schauen mit hellem, offenem Auge ins  
Leben, wissen wollen sie, wie es in der Welt  
hergeht, und mitbestimmen wollen sie über ihre  
und ihres Standes Zukunft. Einsichtige Men-  
schen wollen sie werden, die wissen, was sie wollen,  
die ein selbständiges Urteil haben über alle  
Dinge, die ihnen im Leben begegnen und die es  
verstehen, sich im harten Daseinskampfe in Ge-  
meinschaft mit den Berufskollegen mit rechten  
Mitteln durchzusetzen. Überzeugungstreue und  
Charakterfeste Mitstreiter der christlichen Gewer-  
kschaften zu erziehen, mit gleichem Feuer und  
Idealen, wie sie die Gründer unserer Bewegung  
aufwiesen, wird Hauptaufgabe des neuen Ge-  
werkschaftsblattes sein. Sorgen wir nur dafür,  
daß es in die Hände aller Jugendlichen kommt,  
welchen Beruf sie auch angehören mögen. Für  
alle ist es geschrieben und niemand wird es ohne  
Begriffenheit für unsere gerechte Sache aus der  
Hand legen. Dem größten Teil unserer Orts-  
vereine bzw. Jahressellen ist in diesen Tagen eine  
Probenummer zugegangen. Der Bezugspreis für  
die Einzelnummer beträgt 50 Pf., vierteljährlich  
(3 Nummern) 2 M. Bestellungen sind am besten  
an die Hauptverwaltung der einzelnen Verbände  
zu richten.

Wie es mit dem Tode der Führer der Revo-  
lution von Ants bekehrt ist, dürfte folgender  
Vorfall recht illustrieren. Am 31. März erschien  
bei der Jahrdienstleistung am Hauptbahnhof in  
Dormen ein Herr Gauerbrey, Angestellter des  
freien Gewerkschaftsstartells Mitglied des Aktions-  
ausschusses Warmen, hervortretender Führer der  
unabhängig-sozialistischen Arbeiterbewegung, und

altet hat. Danach kann in 37 großen Städten,  
beantwortet haben, die Gesamtzahl der Klein-  
gärten gegenwärtig auf rund 300 000 geschätzt  
werden; ob und inwieweit in dieser Zahl etwa  
eine Anzahl Inhaber von Hausgärten mit-  
gegriffen sind, muß allerdings dahingestellt  
bleiben. Von diesen 300 000 Kleingärtnern  
sind insgesamt 10 500 Hektar, das sind über  
Quadratkilometer, bebaut. Einzelne Städte  
heben sich durch besonders große Ziffern aus.  
hat z. B. Altona rund 10 000 Kleingärtner  
390 Hektar bewirtschaftetes Gelände, Berlin  
beinend ohne die Vororte) 48 000 Kleingärtner  
1450 Hektar, Bremen 26 000 und 1800, Ham-  
burg 30 000 und 1200, Frankfurt a. Main 12 000  
490, Kiel 25 000 und 1000, Nürnberg 10 000  
170. Die Durchschnittsgröße des von einem  
großen Kleingärtner bewirtschafteten Geländes  
lägt 2—30 Quadratmeter. Sehr groß ist auch  
das Wachstum der Vereine und Verbände der  
Kleingärtner. Es gab in den 37 großen Städten  
1900 solche Vereine, in denen 91 000 Klein-  
gärtner organisiert waren; 1910 waren es erst  
300 und 1900 gar erst 3200!

allgemein dem Kleingartenwesen zuteil gewordene  
Förderung besser geworden ist. Eine größere  
Zahl Städte geben sogenanntes Dauer Gelände ab,  
das also auf längere Fristen verpachtet wird.  
1011 Städte sind bereits dazu übergegangen, oder  
sind im Begriffe, Kleingartenbaublöcke als feste,  
dauernde Bestandteile in die Bebauungspläne  
aufzunehmen.

Die ganze Entwicklung zeigt, daß die alte,  
gute Eigenschaft des deutschen Volkes, die hin-  
gebende Liebe zum Boden und zu seiner Bear-  
beitung, noch nicht erloschen ist, sondern in zeit-  
gemäßer Form kräftige neue Triebe hervorbringt.  
Nach Lage der ganzen Verhältnisse ist anzu-  
nehmen, daß eine weitere starke Entwicklung des  
Kleingartenwesens erfolgen wird. Das ist eine  
sehr erfreuliche Erscheinung — einmal an sich  
dann aber auch, weil auf diesem Wege allmählich  
wieder eine Gewöhnung der städtischen Be-  
völkerung an Land- und Gartenarbeit erfolgt  
und damit diese Bevölkerung tauglicher wird  
für das wahrscheinlich doch in erheblichem Grade  
notwendige Rückströmen aufs Land.



erkundigte sich, wann der beste und schnellste Zug nach Holland fährt. Anscheinend hatte dieser Herr es bezagt mit der Angst bekommen, daß er aus Angst um sein bißchen Leben nach Holland flüchten wollte. Es entspricht ganz dem Charakter der roten Helden, in allen möglichen großen Tönen von dem Heldennut der Freiheitskämpfer zu reden, aber selbst im geeigneten Moment die Masse, von denen man Heldennut fordert, im Stich zu lassen und sich zu drücken. Es ist nicht das erste Mal und auch nicht ein Einzelfall, daß derartige Tatsachen festgestellt werden konnten und überlassen wir es der Masse zur Beurteilung, wie weit der Heldennut der Führer geht. Interessant wäre es zu erfahren, ob Herr Sauerbrey auch am Kaufen bei den Kämpfen in vorherster Linie gestanden hat, oder ob er sich in irgend einem Keller verborgen hielt und so mit gutem Beispiel seinen Leuten voran gegangen ist. Anscheinend kündigt Sauerbrey auch dem Grundsatz, die Führer müssen dem Volke erhalten bleiben.

Der Zentralverband christlicher Arbeiter und verwandter Berufsangehöriger. Sie Düsseldorf, hielt seine 7. Verbandsgeneralsversammlung vom 23. bis 25. Mai im städtischen Saalbau in Essen a. d. Ruhr ab.

Der Verband gehört zu den Gewerkschaften, die am meisten unter den Kriegseinwirkungen gelitten haben. Von 4115 Mitgliedern Mitte 1914 wurden weit über 2000 zum Friedensdienste einberufen, 11% davon fanden den Heldentod. Dadurch und durch die infolge der Kriegseinwirkungen erfolgte Abwanderung vom Metallgewerbe sank die Mitgliederzahl bis auf 807 Ende 1916. Die unglückliche Tage, in der sich heute noch das Metallgewerbe befindet, verminderte die Wiedererreicherung der Friedensmitgliedszahl. Immerhin zählt der Verband heute wieder fast 4000 Mitglieder und steht mit einem Verbandsvermögen von nur 90000 Mark auch finanziell wieder gesellig da.

Aus seinem Geschäftsbericht geht hervor, daß der Gedanke der Gewerkschaften im Metallgewerbe feste Wurzeln geschlagen und mancherlei Taten zur Hebung des Gesamtgewerbes geleistet hat. Er klingt aus in einem Gebotnis zum Festhalten an solcher Gemeinschaftsarbeit, einem Hinweis auf die Notwendigkeit der Volkssolidarität aller Deutschen zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes und der unentwegten Treue zur christlichen Gewerkschaftsbewegung, die bezufen sei, durch Pflege und Durchziehung allgemeiner christlicher und nationaler Gedanken im Volks- und Wirtschaftsleben den unser deutsches Volk zerlegenden Materialismus zu überwinden.

## Aus den Ortsgruppen.

**Stuttgart (Straßenbahner).** Am Samstag, den 15. Mai, hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, zu der unser Bezirksleiter Fahndner aus Karlsruhe erschienen war. Sein Vortrag fand begeisterte Aufnahme und brachte uns eine Anzahl Übertrittserklärungen.

Auf Montag, den 17. Mai hatte der „Deutsche Transportarbeiter-Verband“ eine öffentliche Straßenbahnerversammlung in das Gewerkschaftshaus einberufen mit der Tagesordnung: „Wir und die Christen“. Zu dieser Versammlung hatte unser Bezirksleiter eine schriftliche Einladung erhalten. Trotz einer vorzüglichen Einladungspropaganda zu dieser Versammlung, in welcher an die Kollegen vom Jahr- und Aufsichtspersonal, von der Strecke, dem Bahnbau und der Halle die Aufforderung erging, so zahlreich als möglich zu erscheinen, hatten nur an 200 Mann (von 2000) der Einladung Folge geleistet. Damit hat die große Masse

der Stuttgarter Straßenbahner-Kollegen dem Transportarbeiterverband die einzig richtige Antwort erteilt und durch ihre Gemütsheilung dokumentiert, daß sie eine derartige Christenhege, die nur zum Schaden der Kollegen ausschlägt, verurteilt. Erfreulich finden wir es, daß selbst aus der Versammlung heraus Mitglieder des Tr.-Arb.-Verb. gegen die Formulierung der Tagesordnung Protest einlegten.

Die Versammlung leitete das Ausschußmitglied Klein in anerkannter Wert unparteilicher Weise. Das Referat hielt Verbandsbeamter Jansen, der es sich zur Aufgabe gesetzt hatte, unserem Verbande das Lebenslicht auszublasen. Seine Ausführungen waren für einen objektiv denkenden Zuhörer eine große Enttäuschung. Statt in sachlicher Weise die christlichen Gewerkschaften zu kritisieren, erging er sich in längeren Ausführungen gegen die katholische Kirche und ihre Priester, wie auch gegen die Zentrumspartei. Die katholische Kirche sei der größte Kapitalist und ihre Priester seien Helfer bei der Unterdrückung und Knechtung der Arbeiter durch das Kapital. Gegen unseren Verband wühlte der Referent überhaupt nichts vorzubringen. Er begnügte sich mit allgemeinen schon abgedruckten Phrasen und Redensarten, mit denen man heute keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt. Die Behauptung, die christlichen Gewerkschaften seien Unternehmerrückstruppen und verlegten sich auf das Handwerk der Streikbrecherlei, geht wohl schon über eine unehrliche Kampfesweise hinaus.

Gleich nach dem Referenten erhielt unser Bezirksleiter Fahndner das Wort. Er bedauerte lebhaft, daß die Ausführungen des Referenten sich auf einem so tiefen Niveau bewegt hätten und man der Wahrheit Gewalt angetan habe. Die Preisverteilung Stuttgart habe in der Tagewacht einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet worden sei, wir hätten uns in aller Öffentlichkeit mit der Besetzung des Reichstages einverstanden erklärt. Dies sei eine große Unwahrheit. Darauf wurde vom Vorstandssitz bemerkt, das sei nicht in dem Artikel behauptet worden. Da die Leistung also selbst nicht mehr wußte, was veröffentlicht wurde, legte Bezirksleiter Fahndner den Artikel vor, woraufhin man in heißen Sprachen schwieg. In eindrucksvoller Weise widerlegte er die Behauptung, daß unser Verband zum Schutze der Unternehmerschaft geschaffen worden sei. Er wies auf die Lohnverhältnisse der Straßenbahner in den Orten und Bezirken hin, wo unser Verband ausschließlich in Frage kommt oder über einen größeren Einfluß verfüge. Zufällig sei, daß fast nirgendwo so vollständiges Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzuweisen seien, als in Stuttgart. Wobann legte er die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften dar, ihr Bekenntnis zur christlichen Weltanschauung im Gegensatz zum modernen Sozialismus, der auf dem Boden der materialistischen Weltanschauung fuße. Wir seien davon überzeugt, daß der Sozialismus allein der Menschheit das erhoffte Glück nicht bringen werde. Hand in Hand mit der äußeren Reform müsse die innere Reform gehen. Der wichtigste Faktor jeder Gesellschaftsordnung sei das Gewissen. Weil es verloren ging, sei die alte Welt zusammengebrochen, wirtschaftlich wie moralisch.

Bei der künftigen Neugestaltung könnten wir mit den sozialistischen Arbeitern ein gut Stück des Weges zusammengehen. Er bat die Kollegen, sich gegenseitig zu achten und zu respektieren. Wenn wir auch getrennt marschieren, würden wir doch vereint schlagen, wenn es das Wohl der Straßenbahnerkollegen erfordere.

Nach der Rede unseres Bezirksleiters, der wiederholt von der Versammlung unterbrochen wurde, erhielt der Beamte Dreher vom Tr.-Arb.-Verb. das Wort. Auch seine Ausführungen bewegten sich in den gleichen Gedankengängen wie die des Referenten. Er rief noch: „Berlegen in den Saal hinein! Wir verlangen nicht: nur die Kommunalisierung, sondern die Sozialisierung.“ Auf die sofortige Frage, was er an der Stuttgarter Straßenbahn sozialisieren wolle, schwieg er. Man braucht vor einem solchen Versammlungspublikum nur mit sinnlosen Phrasen und Schlagwörtern zu operieren und man ist des Erfolgs sicher. Auch Dreher wühlte unserem Zentralverband nichts entgegenzusetzen. In Ermangelung dessen griff man zur persönlichen Dege gegen den Kollegen Sing, welcher sich

um die Gründung unseres Verbandes mitentschieden gemacht hatte. In der Ansprache wünschte eine Zeitungsleiterin, man solle das Aufkommen des christlichen Verbandes gewaltsam verhindern. Ein Antrag wurde aus der Versammlung gestellt, mit dem Kollegen Sing nicht mehr zusammen zu arbeiten. Bezirksleiter Fahndner machte dann den § 16 der Reichsverfassung bekannt, der die Gewährleistung der Konstitutionen freiheitlich ausdrückt. Würde man uns als freie Bürger in freien Volkstaaten die persönliche Freiheit rauben und uns in Knechtung wühlen, dem würden wir in einer Diktatur von rechts die kleinere Übel erbliden. Die Ansetzung der natürlichen Begrenzen sei immerhin erträglich, als eine Diktatur von eigenen Klassengehörigen.

Diese Ausführungen hatten die Kommunikation und U.S.V.-Leute, welche die Mehrzahl der Versammlung stellten in Darmick gebracht. Bei ihnen ist der gleiche Tyrannengeist zu Hause wie bei den Kapitalisten der Vorkriegszeit.

Gesamtverbandssekretär Weesp, der ruhigste und sachlichste Weise einige grobe Worte gegen die christlichen Gewerkschaften richtig stellen wollte, konnte sich trotz 3-Minutenredezeit kaum Gehör verschaffen.

Mit dem Ergebnis dieser Versammlung können wir zufrieden sein. Allüberall, wo auch noch gestaute Straßenbahner in Betracht kommen, ist sie nun im Transportarbeiterverband organisiert und oder nicht, werden wir sie für uns in Anspruch nehmen.

Von vielen Stuttgarter Straßenbahner die Gründung unseres Verbandes als eine freitende Tat begrüßt worden. Dagegen streiten sie zu unserem Verbands über und öffentliche Straßenbahnerversammlung mit der berühmten Tagesordnung hat uns in dankbarer Weise die Kapitalisten leicht gemacht. Unseren Stuttgarter Kollegen aber möchten wir das Dichtermot zu beherzigen geben, das lautet: Verleht ins Meer das träge Träumen, Verleht's ins tiefe Grab hinein! Vorh auf, es raucht in allen Bäumen! Wer liegen will, auch Kämpfer sein!

Vom am 1. Mai wurde vom Betriebsrat der Bochum-Gesellschaft der Straßenbahner in Bochum eine Delegiertenversammlung einberufen, um beraten und zu beschließen, ob am 1. Mai feiert oder gearbeitet werden sollte. Diese Versammlung war ungefähr von 100 Delegationen besucht. Vom Deutschen Transportarbeiterverband erwählten der Beamte Kimmich aus Bochum sowie einige Kollegen vom Gesellschaften Personal, darunter ein Dauerredner. Nachdem der Personal von dem Gesellschaften Dauerredner und dem Kollegen Kimmich nach allen Richtungen hin ordentlich bearbeitet war, daß es wurde war, wie Gedächtes, sollte zur Abstimmung gestellt werden. Unser Kollege Brüder brachte geheime Abstimmung. Genosse Kimmich, Appelmann war überhaupt gegen eine Abstimmung und meinte, es wäre nicht nötig, zu bestimmen, die Kollegen wären doch alle so feiert. Die Führer und Redner sahen ein, daß der größte Teil des Personals für die Feiert war, und um dieses zu verhindern resp. um die Feiert zu erreichen, wurde trotz unseres Trages, geheim abzustimmen, der Abstimmung abgestimmt; natürlich war das Ergebnis solcher Abstimmung vorausgesehen. Es wurde beschlossen, zu feiern. Die Mehrzahl der Kollegen war mit dem Ergebnis nicht zufrieden und gaben dieses bei den christlich Organisierten und durch Anregung, sie sollten sich solche Vergewaltigung nicht bieten lassen. Darauf hat unser Vorsitzender, Kollege Brüder, am 22. Mai eine Versammlung unserer Ortsgruppe einberaumt, und das Ergebnis der Versammlung wurde der Beschluss, am 1. Mai zu arbeiten. Es wurde eine Kommission von 4 Mann gewählt, bestehend aus den Kollegen Brüder, Engelberg, Jox und Fuhrmann, die den Auftrag hatten, bei der Direktion vorstellig zu werden. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Direktor Poltmacher sich damit einverstanden erklärte, daß am 1. Mai ein 24-Minuten-Vertehr aufrecht zu halten werde, wenn genügend Personal sich zum Dienst melde. Die Kommission sollte sich mit dem Betriebsrat in Verbindung setzen. Der Betriebsrat war mit dem Vorschlag einverstanden und es wurde von der Kommission eine Bescheinigung ausgehändigt die folgenden Wortlaut hatte: „Im Einverständnis des Betriebs-



... und der Direktion liegt bei den Bahnhofs-  
 erweiterung eine Liste auf zum Einzeichnen für  
 diejenigen, die gewillt sind, am 1. Mai zu ar-  
 beiten. Inzwischen mußte der Betriebsrat sich  
 die Sache wohl anders überlegt haben und sich  
 auf der Bekanntmachung das Wort „Betriebs-“  
 durch „schießlich“ geschah das gleiche mit  
 im Wort „Direktion“. Zum guten Schluß  
 wurde die Bekanntmachung vom Betriebsrat ab-  
 gerufen und ebenfalls die Liste bei dem Bahn-  
 hofsverwalter an der Wödestraße weggenommen.  
 In der Abrechnungstelle Alter Markt wurde  
 die Liste zum Einzeichnen verbrannt und im  
 Depot Altenbuchum wurde sie zerrissen. In der  
 Reparaturwerkstatt Weimar behielt der Kollege  
 Träger die Liste in der Tasche und hatte 29  
 Namen darauf verzeichnet, die ihren Namen selbst  
 eingetragen hatten, um zu arbeiten. Leider war  
 ein Maschinist dabei, jenseits in Weimar lagte  
 hat ein Maschinist, wer am 1. Mai arbeitet,  
 er solle was mit dem Gummischlauch haben.  
 Solches Gummischlauch war aber nicht zu selte-  
 n, am 1. Mai von des mittags 12 Uhr bis nachts  
 1 Uhr zu arbeiten. Zwei Stunden vor dem  
 Abend kam in Weimar stündlicher Anschlag  
 raus: „Laut Beschluß der Betriebsratsver-  
 sammlung wird am 1. Mai nicht gearbeitet.“  
 Inzwischen war dieser Anschlag vom Ingenieur  
 Rat und Betriebsrat fiktives. Trotz der enormen  
 Schwierigkeiten, die uns auf allen Gebieten ge-  
 macht wurden, haben wir durch Selbsteinzeichnen  
 die Listen im Mann zusammenbekommen, die  
 am 1. Mai arbeiten wollten. Auch von den  
 Mitgliedern des Deutschen Transportarbeiter-  
 verbandes hatten sich viele eingetragen und eine  
 große Menge wollten zeichnen, aber leider waren  
 die Listen, wie oben erwähnt, verschwunden. Das  
 meiste Leute gewonnen waren, zu arbeiten,  
 weiß die nächste Teilnahme am Montag. Es  
 war im Zuge 92 Strahenbahner, außer der  
 nicht. Kein Aufsichtsbeamter war dabei und  
 Allgemein nur jüngere Elemente und  
 breiter. Als die Fahrt beim Direktor abgehal-  
 teten sollte, wurde dies von den Genossen ver-  
 wehrt und der Zug setzte sich ohne Fahne zum  
 Abfahrtsplatz in Bewegung. Das technische und  
 ständige Personal hat vollständig gearbeitet.  
 Inzwischen Kontrolleure waren mit dem Inspektor  
 zusammen.

Dieser Vorfall ist wieder ein Beweis, daß in  
 freien Gewerkschaften an erster Stelle die  
 Interessen und erst an zweiter Stelle die  
 wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder kommen.  
 Christliche Kollegen, die ihr noch in den freien  
 Verbänden sind, sind auch die Augen am 1. Mai  
 nicht aufgezogen? Wo ist ihr noch mehr  
 euren Beiträgen beratige Bestrebungen der  
 sollen unterstützen? Heraus aus den sozial-  
 demokratischen Verbänden und hinein in den  
 Arbeiterverband der Gemeindearbeiter und  
 Arbeiterverbände. In den ihr euren  
 Anrechnung gemäß gehört und der eure wirt-  
 schaftliche Interessen am besten zu wahren und  
 vertreten weh.

**Wiesbaden.** (Freiheit die ich meine.)  
 der Stadtverwaltung vom 22. April erdrachte  
 sozialdemokratische Stadtverordnete und  
 Schlichter des Staats- und Gemeindevor-  
 des Wölter wieder mal den Beweis, daß  
 diesen Genossen dort, wo sie die Macht zu  
 zu haben, versuchen, die christlichen Ge-  
 werkschaften auszuquetschen. Nicht wunderbar  
 mit sich dieser Verrückte aus, geht von Keulen,  
 die vorgeben, ihr die wirtschaftliche politische  
 soziale Freiheit bis zum letzten Punkte von  
 und Mann einzutreten!

Der Tatbestand ist folgender: Der Tarif-  
 vertrag steht einen sogenannten Schlichtungs-  
 schied vor. Da unser Verband mit weit  
 über 100 Mitgliedern in Frage kommt und den  
 Tarifvertrag abgeschlossen hat, verlangte  
 schlichteramtlich auch einen Vertreter im  
 Schlichtungsausschuss. Genosse Wölter war  
 derer Meinung und führte bei der Beratung  
 wenn Änderungen an dem Tarif vorge-  
 kommen werden sollten weisen wir uns ob-  
 den. Wir können einer Willkür von 10  
 dem nun das Recht einräumen, bei dem  
 mitzutreten und die Genosse Wölter hat  
 noch wenig Glück mit seinem Antrage. Schmit-  
 der Vertreter sind, bei Sozialdemokratischen  
 gehen diese Vorkämpfer, es ist nicht inter-  
 ant macht, es ist nicht inter-  
 letzten. Die... ..

die ich hier hört, erinnern mich an ein Karren-  
 haus. Wenn Sie das Talent hätten, ein Volk  
 zu führen, könnten wir den Gegenlag unter der  
 Arbeiterschaft nicht erweitern.“ Sämtliche Fra-  
 tionen lehnten den mehrheitslosaldemokratischen  
 Antrag ab.

Was würden die Herren Genossen sagen,  
 wenn an einem Orte, wo die christlichen Gewerkschaften die Mehrheit haben, genau so verfahren würde?

**Düsseldorf.** Strahenbahner. Als in den Tagen  
 der Käseherrschaft seligen Angebens in Düsseldorf  
 die Genossen ihre politischen und Ver-  
 waltungsfähigkeiten praktisch betätigen konnten,  
 kam fast jedes Kind zu der Auffassung, es genau  
 so gut machen zu können. Wenn nicht damals  
 sich in der Bürgerchaft und der sozialdemo-  
 kratischen Arbeiterschaft ein stärkerer Wider-  
 stand geltend gemacht hat, dann nur deshalb,  
 weil es nicht jedermanns Sache ist, mit Gewehr  
 und Handgranate oder mit dem Mittel der Brot-  
 losmachung den Gegner von der Richtigkeit  
 seiner Anschauungen zu überzeugen. Dem Ge-  
 brauch dieser „geistigen Waffen“ war es auch zu  
 danken, wenn in der Offenheit der Einbruch  
 erweckt wurde, daß die Düsseldorf Strahen-  
 bahner fast restlos den sozialistischen Anschau-  
 ungen huldig. In Wirklichkeit steht ein großer  
 Teil der hiesigen Kollegen dem Sozialismus, wie  
 er hier von den Kommunisten, Sozialisten,  
 Antontiken, Mehrheitssozialisten und weiß Gott  
 noch, von wech sonstigen Typen vertreten wird,  
 ab. Selbst ein Teil der Kollegen, die sich früher  
 zu einer dieser Richtungen bekannt haben, schwen-  
 gen allmählich wieder ab.

Je mehr wieder die Befehle der Demokratie  
 und der Freiheit sich durchsetzen, um so stärker  
 ist die Abwanderung, die Entartung der christ-  
 lichen Arbeiterbewegung, nicht zuletzt auch der  
 hiesigen Ortsgruppe unseres Verbandes. Mit  
 dem Ergebnis der Betriebsratswahl können wir  
 durchaus zufrieden sein. Von den 2000 Wahl-  
 berechtigten gaben 2002 ihre Stimmen ab. Es  
 erhielt Christl., Antontiken und Transportarbeiter-  
 verbandler (die jetzigen Brüder hatten sich  
 wiedergefunden) zusammen 144 Stimmen, unsere  
 Liste 664 Stimmen. Also mehr als ein Drittel  
 der gesamten Kollegenchaft findet den Aus-  
 weg ab dem Parteizug zu befehlen. Die Zahl der-  
 selbigen, die zu uns gehören, ist aber noch größer.  
 Es muß daher in Zukunft alles daran gesetzt  
 werden, diesen Rest, der bisher falsch organisiert  
 war, auch in unseren Verband herüberzuführen.  
 Nur mit unbedingtem Willen, auf Gewalt und  
 Terrorismus können wir gänzlich verzichten. Es  
 wird gelingen, auch bei der Düsseldorf Strahen-  
 bahner die uns zulebende Wäktion zu erringen,  
 wenn nur jeder Kollege seine volle Pflicht und  
 Schuldigkeit tut, um die Kollegen aufzuklären.

**Hörde.** Strahenbahner. Unsere letzte Monats-  
 versammlung war, schon ein Teil der Kollegen  
 regelmäßig durch den Dienst an der Teilnahme  
 verhindert ist, gut besucht. Der Vorsitzende,  
 Kollege Kaminski, berichtete eingangs über ver-  
 schiedene Betriebsangelegenheiten, u. a. auch  
 über die erfolgten Klärungen und Entlassungen  
 wegen Dienstvergehen. Den ihm gemachten Vor-  
 wurf, als Mitglied des Betriebsrats nicht ge-  
 nügend sich der angemutigten Kollegen ange-  
 nommen zu haben, wies er mit Entschiedenheit  
 zurück. In einem Falle sei der Kollege gegen  
 einen Aufsichtsbeamten tätig geworden und der  
 Fall Hofhoff stünde vor dem Schlichtungsausschuss  
 seine Erledigung. Entgegen den umlaufenden  
 Gerüchten müsse festgestellt werden, daß er die  
 Direktion bei dem Verlaufe, den Rekonstruktions-  
 einzuführen, an den gesamten Betriebsrat ver-  
 wiesen habe. Irigend eine Vereinhörung in dieser  
 Angelegenheit habe er mit der Direktion nicht  
 getroffen. Alle diese unwahren Gerüchte würden  
 von gegnerischen Organisationen nur deshalb  
 verbreitet, um Mißtrauen ins Personal zu säen  
 und im Trüben fischen zu können.

Sodann berichtete Kollege Kohrbach Essen,  
 über die Strahenbahnerkonferenz am 28. April  
 in Essen, die von beiden Verbänden einberufen,  
 Stellung zu der Lohnfrage nehmen sollte. Ueber-  
 einstimmend sei hier die Notwendigkeit, bei Lohn-  
 verhandlungen gemeinsam vorzugehen, hervor-  
 gehoben worden. Wenn trotzdem seitens einiger  
 Kollegene vom Transportarbeiterverband ein  
 Auftragsvergehen mit unsern, der christlichen  
 Kollegen, verurteilt wurde, so ist dies ein  
 Beweis für die Notwendigkeit, die... ..

umfassend, da die gegenwärtige Situation sehr  
 günstige ist. In Düsseldorf haben 100 Kollegen  
 gefündigt, da einige unrentable Stellen ein-  
 gestellt werden sollten. Vor allzu großen Bes-  
 timmungen betreffend der neuen Löhne sei auf der  
 Konferenz in Rücksicht auf diese Umstände ge-  
 warnt worden.

Beschlossen wurde sodann, die Belegschaft in  
 anderer Ortsgruppe denen im Transportarbeiter-  
 verbande anzugleichen, um jedes Agitieren mit  
 unklarem Material unmöglich zu machen. Nach  
 längerer Aussprache wurde ein Vorschlag, die  
 höchste Beitragsstufe, pro Woche 1.80 M. Beitrag,  
 zu nehmen angenommen. Zu diesem ordent-  
 lichen Beitrag kommt noch ein Zusatzschlag von  
 90 Pf., sodas der Gesamtbeitrag in Zukunft  
 2.10 M. beträgt.

**Bingen.** Am 26. April hielt die hiesige Orts-  
 gruppe eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung  
 ab. Kollege Schäfer erörterte den Klassenbericht  
 über das erste Quartal und legte den Kollegen  
 nahe, daß eine Erhöhung des Beitrags notwendig  
 sei. Auch Verbandsleiter Räder sprach sich  
 dahingehend aus, daß auf Grund der kolossalen  
 Leuerung eine bedeutende Erhöhung unbedingt  
 Platz greifen müsse. Im weiteren Verlauf der  
 Versammlung sprach er über das wahre Gesicht  
 der freien Gewerkschaften seit der Erhebung die  
 auf die letzten Tage.

**Osnabrück.** „Selb einig, einig, einig“, so hört  
 es dauernd aus dem Munde der roten Volk-  
 begluder. Wie es aber praktisch besteht ist mit  
 der Einigkeit der Arbeiterschaft, dafür bläst  
 die jetzt abgeschlossene Lohnbewegung den Häß-  
 lichen Arbeiter wieder ein treffendes Bild. Das die  
 Herren Genossen es nicht notwendig hatten, sich  
 mit uns in Verbindung zu setzen bei Klärung  
 des Tarifs, ist ja weiter nicht verwunderlich,  
 aber traurig ist es nur, daß die Kollegen immer  
 die Dummen dabei spielen. Ueberhaupt die  
 ganze Lohnbewegung der Genossen. Auch wird  
 die Arbeiterschaft auf eben ein Lohnzuschlag  
 von 20% gelobt und nachher in  
 Theorie und Praxis. Es war ja selbst den Ge-  
 nossen klar, daß ihre Forderung ein... .. über-  
 spannt war, und das praktische Ergebnis der  
 ganzen Geschichte war ja auch, daß man unter  
 dem Druck der Verhältnisse sich noch mit weniger  
 als 20% Erhöhung zufrieden gab. Warum  
 kommt es aber letzten Endes? Die Herren, die  
 dauernd das Wort „Einigkeit macht stark“ im  
 Munde führen, fanden es wohl unter ihrer Würde  
 mit den der... .. Christen zusammen vorzugehen.  
 Wurde doch selbst in der gemeinsamen großen  
 Versammlung am 30. April immer noch versucht,  
 uns eine ungenügende. Während der Kollege  
 Schlichter immer wieder darauf hinwies, daß  
 in der augenblicklichen Situation jede Meinungs-  
 verschiebung auf Seite gestellt werden müsse,  
 um der Stadtverwaltung eine geschlossene kom-  
 pakte Masse gegenüberzustellen, wurde immer  
 wieder versucht, einen Keil in die Kollegenchaft  
 zu treiben. Als anderes nicht mehr half, mußte  
 der 1. Mai dazu herhalten: doch beschlossen die  
 christlichen Kollegen, um die Einigkeit unter der  
 Arbeiterschaft der Stadtverwaltung gegenüber  
 recht klar zu legen, ebenfalls am 1. Mai nicht  
 zu arbeiten, trotzdem es ja eigentlich vom all-  
 gemein wirtschaftlichen Standpunkte kaum zu  
 rechtfertigen war. Und wie kam es? Die Chris-  
 tlichen feierten und große Teile des „revolutionären  
 Proletariats“ in Osnabrück arbeiteten. Wenn  
 die Kollegen nach der Versammlung am 30. April  
 geholt hatten, daß jetzt die Front geschlossen sei,  
 daß jetzt die Genossen mit uns Hand in Hand  
 arbeiten würden zum Wohle der gesamten  
 Kollegenchaft, so waren sie wieder einmal schwer  
 auf dem Holzweg, denn jetzt werden wir es wie-  
 der erleben müssen, daß die Genossen sogar ohne  
 uns den Tarifvertrag unterzeichnen wollen.  
 Hoffentlich werden den Kollegen von Osnabrück  
 bald die Augen geöffnet; man hat ihnen gold-  
 bene Berge verheißen, wenn sie doch nur von  
 den Christlichen zu ihnen kämen und jetzt, wo  
 die Kollegen sich übers Ohr haben lassen  
 lassen, wo die Genossen die Mehrheit haben,  
 was ist jetzt? Ist es vielleicht besser geworden  
 mit der Interessvertretung? Nun, allmählich  
 bricht sich ja die Erkenntnis Bahn, daß es bei  
 den „Christen“ doch besser ist. Die Zeit wird  
 nicht mehr fern sein, wo die Kollegen einsehen  
 werden, daß sie eben über den Köhler hardiert  
 wurden. Wir aber können den Kollegen nur  
 raten, ihre Interessen erfolgreich vertreten

... ..



wissen will, das trotz ein in die Reihen der  
 christlichen Gewerkschaften. Die Ereignisse haben  
 wieder einmal den schlagenden Beweis erbracht,  
 daß nur dort ihre Interessen am besten gewahrt  
 werden. Daran ändert auch alles radikale Ge-  
 schrei der Genossen nichts. Erfolge für die  
 Arbeiterschaft lassen sich eben nur durch praktische  
 Arbeit erreichen und nicht durch tabulalen  
 Blödsinn.

**München.** Am 24. April hielt unsere Orts-  
 gruppe ihre Jahresgeneralversammlung ab.  
 Kollege Hirschauer eröffnete dieselbe und hieß  
 den aus der Gefangenschaft zurückgekehrten  
 Kollegen Maier, in unseren Reihen auf das her-  
 lichste willkommen. Den Jahres- und Kassen-  
 bericht erstattete Kollege Leine. Aus demselben  
 war zu entnehmen, daß unsere hiesige Ortsgruppe  
 im vergangenen Jahre einen guten Sprung nach  
 vornwärts gemacht hat. Das Jahr 1919 war ein  
 sehr arbeitsreiches Jahr, war es doch möglich,  
 die ersten Tarifverträge für die städtischen  
 Arbeiter und die in den staatlichen Betrieben  
 Beschäftigten abzuschließen. Durch dieselben  
 konnte für alle beteiligten Kolleginnen und  
 Kollegen ein Arbeitsrecht geschaffen werden.  
 Besonders die Gemeindefunktionäre können mit  
 Genugtuung auf dieses Werk, welches die Orga-  
 nisation für sie geschaffen hat, zurückblicken. Auch  
 konnten im vergangenen Jahre für die städtischen  
 Arbeiter Beschaffungsbeihilfen durch Verhand-  
 lungen mit dem Stadtrat erzielt werden. Der  
 Tarifabschluss für die in den staatlichen Insti-  
 tuten brachte sehr wesentliche Erfolge für die-  
 selben, für die Volkshausstätte Glanegg, wo die  
 Kollegen sich im vergangenen Jahre restlos  
 unserem Verbande angeschlossen, war es möglich,  
 einen Tarifvertrag abzuschließen, der neben  
 wesentlichen Verbesserungen im Urlaub und sonst  
 dergl. eine 100% Erhöhung der Bezüge für diese  
 Kolleginnen und Kollegen brachte. Auch die  
 finanziellen Verhältnisse entwickelten sich sehr  
 gut; konnten doch im vergangenen Jahre an die  
 Hauptkasse 14706.43 Mk. abgeliefert werden. In  
 Unterstützung wurden ausbezahlt 2327.40 Mk.  
 übergeben und 11 Kollegen, deren Ansehen durch  
 Erheben von den Sigen geschützt wurde. Der  
 Vorkassistenbestand beträgt jetzt 2579.48 Mk. Aus  
 der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen her-  
 vor: Johann Müller, 1. Vorsitzender, Karl Hirschauer,  
 2. Vorsitzender. Auf Grund seiner Eigen-  
 schaft als Beamter wurde Kollege Leine zum  
 1. Kassierer gewählt, Kollege Eduard Gramann,  
 2. Kassierer. Der aus der Gefangenschaft zurück-  
 gekehrte Kollege Meier stellte sich in dankens-  
 werter Weise zur Mitarbeit wieder zur Ver-  
 fügung und nahm den Vorkassisten als 1. Schrift-  
 führer an. Als 2. Schriftführer wurde die  
 Kollegin Hahner gewählt. Kolleginnen und  
 Kollegen! Ein erfolgreiches Jahr liegt hinter  
 uns. Wenn wir auch nicht alles erreicht haben,  
 was im Interesse unserer Mitglieder gelegen  
 war, so muß das ein Ansporn für uns sein, in  
 diesem Jahr unser Ziel zu erreichen. Dazu ist  
 unbedingt notwendig, daß jedes Mitglied gegen-  
 über der Organisation seine Pflicht tut und tat-  
 schäftig für dieselbe arbeitet. Es darf nicht sein  
 wie im vergangenen Jahre, daß die Arbeit für  
 den Verband nur auf den Schultern Weniger  
 ruht, sondern jedes Mitglied muß für die Or-  
 ganisation neue Mitglieder werben. Die großen  
 Ziele, die wir uns gestellt haben, können nur  
 dadurch erreicht werden, wenn wir eine ge-  
 schlossene und große Mitgliederzahl hinter uns  
 haben. Mit einem warmen Appell des Kollegen  
 Leine, in der Agitation nicht zu erlahmen, und  
 in diesem Jahre tatkräftig mitzuarbeiten, schloß  
 der Kollege Hirschauer die Versammlung.

**Münster (Westf.)** Am 2. Mai fand die  
 Monatsversammlung unserer Ortsgruppe, von  
 mehr als 300 Kollegen besucht, statt. Während  
 sich die Genossen aller Schichtungen am 1. und  
 2. Mai den Illusionen eines Westfeiertags hin-  
 gaben, bewiesen unsere Kollegen in dieser Ver-  
 sammlung, daß es nützlich ist, sich einmal ein-  
 nehmend mit der Wirtschaftslage Deutschlands und  
 besonders mit der Lage der Städte und der  
 städtischen Arbeiter zu befassen. Der Vortrag  
 des Kollegen Schießner über die Wirtschaftslage  
 fand die einmütige Zustimmung der Ver-  
 sammlung; insbesondere waren alle Kollegen sich  
 darüber klar, daß die städtische Arbeiterschaft  
 augenblicklich ganz andere Aufgaben hat, als sie  
 zu setzen, dieses unheimlich, als noch die Gefahr  
 besteht, daß einzelne Stadterwartungen sich ver-  
 einzeln sehen, ihre Betriebe einzuschranken, wo-

durch für viele Kollegen Arbeitslosigkeit ein-  
 treten wird. Im besondern wurden die Ver-  
 hältnisse in Münster unter die Lupe genommen,  
 da auch hier Gefahr vorhanden ist, einzelne Be-  
 triebe (Straßenbahn usw.) stillzulegen bzw. ein-  
 zuschränken. Es rief bei den Kollegen starken  
 Unwillen hervor, daß der Magistrat trotz der  
 schlechten Lage der Stadt noch größere Summen  
 für das Stadttheater bewilligt, während andere  
 wichtige Betriebe Gefahr laufen, stillgelegt bzw.  
 eingeschränkt zu werden. Samtliche Kollegen  
 waren einmütig der Ansicht, daß man zuerst ein-  
 mal diese Betriebe stilllegt, bevor wichtige Be-  
 triebe in Frage kommen können. Es wurde be-  
 schlossen, an den Magistrat, die Zentrumsfraktion  
 und sämtliche bürgerlichen Blätter eine Ent-  
 schließung zu richten, worin zum Ausdruck kommt,  
 daß die städtische Arbeiterschaft von der gesam-  
 ten Bürgerschaft Münsters erwartet, daß alles ge-  
 schieht, um der durch Stilllegung städtischer Be-  
 triebe drohenden Arbeitslosigkeit entgegenzu-  
 arbeiten und daß die Stadterwartungen in Zukunft  
 keine Mittel mehr bewilligen möchten, zu Zwecken,  
 die nicht so dringlich sind (Stadttheater, Frauen-  
 fortbildungsschule, letztere, weil nur für besser  
 bewilligte Kreise usw.), solange die Finanzlage  
 der Stadt eine derart schlechte ist. Die Kollegen  
 von Münster sind sich des Ernstes der Lage voll  
 und ganz bewußt und haben auch schon im In-  
 teresse des Betriebes, sowohl als auch der Bürger-  
 schaft, große Opfer gebracht, um aber ihre Be-  
 triebe leistungsfähig zu erhalten. So haben die  
 Kollegen Straßenbahner sich einmütig bereit  
 erklärt, mit dem Lohn der Gruppe II sich zu  
 befrieden zu geben, trotzdem ihnen tariflich ein  
 höherer Gehalt zugesichert ist; sie erwarten aber  
 auch andererseits von der Bürgerschaft Münsters,  
 daß diese Opfer anerkannt werden und daß nicht  
 immer über die hohen Löhne der städtischen Ar-  
 beiter gefaselt wird. Großen Unwillen rief  
 in den Reihen der Kollegen die unverschämte  
 demagogische Agitation, die in letzter Zeit von  
 den daar „Freien“ in der Straßenbahnerkassette  
 und Elektricitätszentrale betrieben wurde, her-  
 vor. Wenn diese Genossen vielleicht d.uten, durch  
 Verleumdungen der führenden Kollegen einen  
 Keil in die Reihen unserer Kollegen treiben zu  
 können, so dürfte doch wohl gerade die letzte Zeit  
 bewiesen haben, daß wohl einzelne Dumme, die  
 nie alle werden, auf solche Mächten hereinfallen,  
 daß aber die große Masse der Kollegen längst  
 eingesehen hat, wo ihre Interessen am besten  
 vertreten werden. Das hat auch am besten die  
 kürzlich stattgefundene Betriebsratswahl klar  
 und deutlich bewiesen. Hatten doch die Genossen  
 trotz aller Anstrengung nicht einmal fünf Leute  
 zusammenzubekommen können, um überhaupt eine  
 Liste aufstellen zu können. Wir können den Herren  
 Genossen den guten Rat geben, daß in Zukunft  
 in ihrer Agitation etwas zu beachten, sonst  
 könnten eines Tages die Kollegen einmal  
 auf einen Gedanken kommen, der schon in der  
 Versammlung zum Ausdruck kam. Die imposante  
 Verammlung wurde geschlossen um 1 1/2 Uhr,  
 nachdem die Kollegen Kemper und Schießner die  
 Kollegen noch einmal aufgefordert hatten, sich  
 in dieser kritischen Zeit einmütig hinter die  
 Verbandsleitung und die vom Vertrauen der  
 Kollegen gewählten Betriebsratsmitglieder zu  
 stellen, um die jegliche Krisis zum Besten der ge-  
 samten Kollegenchaft erfolgreich überwinden zu  
 können. Der stürmische Beifall, der den Aus-  
 führungen beider Redner folgte, zeigte laut und  
 deutlich, daß die gesamten Kollegen voll Ver-  
 trauen in die Agitation einiger „Freier“  
 fanatischer nichts. In Münster haben die Kollegen  
 eingesehen, daß sich ihre wirtschaftliche Lage nicht  
 durch radikale Phrasen ändern läßt, sondern nur  
 durch intensive praktische Arbeit.

**Ingoßstadt.** Unsere Ortsgruppe erhebt sich  
 fortwährend eines steigenden Aufschwunges und  
 zählt durch den Anschluß der Werkbedienten mehr  
 als 60 Mitglieder. Die Vertrauensleute sind  
 durchweg bestrebt, ihr möglichstes zu tun. Dieser  
 ruhigen Tätigkeit ist es auch zuzuschreiben,  
 wenn die bisher fastherganzwertigen Mitglieder  
 der konfessionellen Vereine den Anschluß an  
 unseren Verband gefunden haben. Darin große  
 Enttäuschung bei den Genossen. Um ein Mittel  
 zu finden, eine kleine Höhe gegen unser Ver-  
 band zu machen, sind wir uns nicht verlegen.  
 Der letzte Streich, den wir uns trauen wollten,  
 ist wohl weniger auf die Mitglieder des Ver-  
 bandes als auf die Gruppe in München bedach-  
 tungslos. Die Kollegen des Ingoßstadtlichen

Verbandes traten an unsere Kollegen heran  
 eine gemeinsame Versammlung einander  
 in der Stellung genommen werden sollte zur  
 Erhöhung der Leuerungszulagen. Verabredungs-  
 gemäß sollten die Vorstehenden ihre Galle  
 ins Benehmen legen und zu der Verammlung  
 erscheinen. Unsere Kollegen begrüßten ein be-  
 artiges Zusammenarbeiten, allein sie hatten mit  
 der Spitzbubenart der Genossenschaft nicht  
 gerechnet, die das gemeinsame Zusammenarbeiten  
 in Lohnfragen zu hinterziehen und demühen  
 Stadt zu einer Versammlung nach Ingoßstadt  
 stattfinden sollte, machte die Münchener Ver-  
 bandsleitung hinter dem Rücken ihrer Mitglieder  
 eine Eingabe betr. Erhöhung der Leuerungs-  
 zulagen und unsere Kollegen würden heute noch  
 auf die verabredete Versammlung warten. Die  
 Forderungen wurden vom Stadtrate genehmigt,  
 da sich dieselbe in der Hauptsache aus Be-  
 treibern der Kritik Arbeiterschaft zusammensetzt.  
 Der Erfolg war ein voller. Es gehört aber  
 schon mehr wie gewöhnliche Rebutik, diesen  
 diesen Erfolg allein auf das Konto der Genossen  
 zu buchen. Der Zweck, uns Mitglieder abzu-  
 jagen, ist aber nicht gelungen.

**Bücherchau.**

**Sebenstragen** ist unsere Zukunft, billige  
 Wohnungsbau, nahezu kostenlos vorzügliches Bau-  
 material, Beschäftigung aller Arbeitslosen, Selbst-  
 versorgung mit Nahrungsmitteln, neue We-  
 zum wirtschaftlichen Fortschritt kommen behanda-  
 die große Sonderchrift „Heimkultur — Deutscher  
 Kultur“ von Dr. C. Adig, mit 100 Abbildungen  
 Nr. 1,50, und „Wie jede Familie im Eigenbau  
 billiger wohnt.“ — Wie schafft man sich Gärten  
 und Hypothek? — Der Hausgarten.“ Von Dr.  
 inspektor H. Hür. Nr. 2,25 Abbildungen Nr. 1,50  
 geb. Nr. 7,50 (Karte 35 Bfg.) für die Mitglieder  
 kostenlos durch den gemeinnützigen Verein „Heim-  
 kultur“, Wiesbaden, und die Buchhandlungen

**Verbandsnachrichten.**

In der Woche vom 22. Mai bis 5. Juni  
 ist der 23. Wochenbeitrag fällig.  
 Abgerechnet haben folgende Ortsgruppen:  
 Vom 3. Quartal 1919: Herzen (G)  
 (nachträglich).  
 Vom 4. Quartal 1919: Offenbach (G),  
 Köln (Auffeher), München, Herzen (St)  
 Mönau und Straubing.  
 Vom 1. Quartal 1920: Donauweid, In-  
 lau, Emmerich, Freiburg, Remscheid, Aa-  
 scheld, Schwelmer (Gem.), Karlsruhe,  
 Philippsburg, Reddinghausen-Süd, Mühl-  
 Rirmajens, Gummersbach, Gilsbecher,  
 Mennau, Rheindt, Duisburg, Weiden,  
 Marktredwitz, Herzen (Gem), Krefeld, A-  
 lenz (Str.), Erlangen, Würzburg (St)  
 Naun und Tachen.  
 Der Zentralvorstand

**Gebittstafel.**

Gestorben sind die Kollegen:  
 Johann Schweikert, Schwelmer  
 Karl Keder, Köln  
 Kolpar Frankfurt, Offen  
 Heinrich Heidemann, Donauweid  
 Paul Kilen, Bonn  
 Otto Kilsas, München  
 Peter Ludwig, Hennes  
 Lorenz Ostler, München,  
 Albert Jilber, „  
 Viktorie Baur „  
 Wilhelm Berg, Soest  
 Philipp Lampe, Donauweid  
 Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:  
 Dr. Schmidt, Köln, Bismarckstr. 11.  
 Druck: des Volkswirtschaftlichen Vereins, Bonn.